

# Globale Familienförderung als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung der Weltgesellschaft

Investitionen in die menschliche Entwicklung, wie der Ausbau des Bildungswesens, der Gesundheitsfürsorge und andere sozialpolitische Förderungen wie die der Familie gelten oft als ein Luxus, den sich nur entwickelte westliche Länder leisten können. Klassische wirtschafts- und fiskalpolitische Methoden seien nach dieser Ansicht das einzige wachstumsfördernde Instrument für Entwicklungsländer, das Erfolg verspricht. Derartige Urteile greifen wissenschaftlich betrachtet jedoch zu kurz. Dies soll im Folgenden im Dialog mit Amartya Sen, einem der renommiertesten Entwicklungsökonom und Entwicklungsethiker unserer Zeit, gezeigt werden.

Gegenbeispiele, also Belege für die Entwicklungsrelevanz einer klugen Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik, existieren bereits in der jüngeren deutschen Geschichte. Die Bismarckschen Sozialversicherungssysteme im ausgehenden 19. Jahrhundert wurden zu einem Zeitpunkt verwirklicht, als es keinen breiten Wohlstand in der deutschen Bevölkerung gab, sondern die soziale Frage noch von erheblicher Relevanz war. Die Einführung von sozialen Versicherungssystemen trug wesentlich zu einem breiteren gesellschaftlichen Wohlstand in Deutschland bei. Darüber hinaus konnten dadurch die Sterblichkeitsrate der Bevölkerung gesenkt und die Lebenserwartung erhöht werden. Die Sozialversicherungssysteme waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein wesentlicher Baustein des beginnenden ökonomischen Wohlstandes in Deutschland.

Aber solche Einzelbeispiele sind noch nicht logisch zwingend für eine entwicklungspolitische Pfadabhängigkeit, die verallgemeinerbar sein soll. Dennoch ist nachweislich, dass in verschiedenen Phasen der Geschichte, in denen Länder auf das Konzept einer massiven Intensivierung des Bildungs- und des Gesundheitswesens in ihren Gesellschaften noch während der Existenz der Massenarmut gesetzt haben, die Fesseln der Armut gesprengt werden konnten. Im Grunde wurde geerntet, was man gesät hatte. Die Förderung von Humankapital ist in

diesen historischen Fällen offensichtlich kein Luxus oder eine reine ethische Pflicht. Vielmehr erscheinen ökonomische und personale Entwicklung von Menschen und breiten Bevölkerungsgruppen zwei Seiten einer Medaille zu sein. Dies zeigt sich bei diesem Thema ganz besonders.

Ausgehend von dieser These soll nun eine wirtschafts- und rechtsethische Argumentation vorgelegt werden, die nicht nur historisch auf diesen Zusammenhang hinweist, sondern auch empirisch den kausalen Zusammenhang von Ethik und Ökonomik im Kontext globaler Entwicklung aufweist. Das Beispiel der Familienförderung wird hier als ethisches Thema gewählt, weil für diese Form der Humankapitalförderung die Korrelation von Ethik und Ökonomik besonders stark ausgeprägt ist und weil die Stellung der Familie und die Rechte ihrer Mitglieder, insbesondere die der Frauen, sich als elementar in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung erwiesen haben. Das Thema reicht damit nicht nur in die Entwicklungsökonomik und Bevölkerungsökonomie, sondern auch in die Menschenrechtsdiskussion hinein. Hiermit soll nicht nur der ökonomische Sinn von Familienförderung aufgezeigt werden, sondern auch die ökonomische Wirkung der Stärkung von Menschenrechten einzelner Familienmitglieder, insbesondere die der Rechte der Frauen.

### *1. Nachhaltige Entwicklung*

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet, dass nur soviel Holz abgeholzt werden darf wie wieder nachgeforstet werden kann. Diese einfache Regel wurde zum wissenschaftlichen Maßstab für die Nutzung von regenerierbaren Ressourcen.

Der Begriff ist vor allem durch den Brundtland-Bericht von 1987 und dann durch die Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 zu einer anerkannten regulativen Idee für die gesamte Umweltpolitik geworden.<sup>86</sup> Damit ist Nachhaltigkeit eine regulative Idee, die erst seit rund 25 Jahren in die wissenschaftliche Debatte Eingang gefunden hat. Sie ist nicht nur in der ökologischen Ethik, sondern auch in der Christlichen Sozialethik als die Antwort auf die ökologische Herausforderung

zum neuen Sozialprinzip avanciert. So begründet Wilhelm Korff das Nachhaltigkeitsprinzip im Sachverständigenrat mit der natürlichen Reinität, der Vernetzung und Rückbindung einer sich fortentwickelnden Ökonomie an die Tragkapazität ökologischer Systeme.<sup>87</sup>

Das Nachhaltigkeitsprinzip stammt zwar aus der ökologischen Debatte, differenziert sich jedoch zu einer doppelten heuristischen Norm allgemeiner Art für Entwicklungsprozesse aus. Diese sollen erstens so konstituiert sein, dass die Bedürfnisse gegenwärtiger Generationen befriedigt werden, zweitens stehen sie unter der Restriktion, dass zukünftige Generationen in derselben Weise wie die derzeit lebende Generation ihre Bedürfnisse befriedigen können. In der Ökonomie schlussfolgern neoklassische Ökonomen hieraus, dass die Wirtschaftssubjekte durch den jetzigen Ressourcenverbrauch keine sinkenden Nutzenerträge haben dürfen, ökologische Ethiker ziehen den Schluss auf die Pflicht zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.

Beide Zielgrößen beziehen sich sowohl auf erneuerbare Ressourcen, die nur unter der Restriktion ihrer Reproduzierbarkeit verbraucht werden dürfen, als auch auf nichterneuerbaren Ressourcen, für die eine Pflicht zur sparsamen Nutzung und zur Suche nach Alternativen und Ersatz entwickelt werden soll.

Insgesamt beinhaltet die Nachhaltigkeitsnorm eine Pfadabhängigkeit derzeitiger ökologischer Nutzung und derzeitigen Wirtschaftens im Hinblick auf drei normative Größen: ökologische Regenerationsfähigkeit (Erhaltung des natürlichen Kapitalstocks), effiziente Ressourcennutzung (ohne Verschwendung) und distributive sowie intergenerationale Gerechtigkeit.

Nutzinger definiert in diesem Kontext nachhaltige Entwicklung in einer betont kritischen Rezeption als ein Kriterium, das »nicht auf Bestände, sondern auf Nutzungsmöglichkeiten und Einschluss von Substitutions- und Innovationspotentialen (...) unter Beachtung kritischer Grenzen abhebt«<sup>88</sup>. Er weist zudem ganz besonders auf die im Nachhaltigkeitsprinzip innewohnende Gerechtigkeitsforderung hin, die sich

86 Vgl. Brundtland-Bericht, World Commission on Environment and Development, New York, 1987.

87 Vgl. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Bonn, 1987, 1–15.

sowohl auf distributive wie auch auf intergenerationelle Gerechtigkeit bezieht.

Hier deutet sich die Beziehung bereits an, die zwischen Nachhaltigkeit und Familienökonomie hergestellt werden kann. Wenn nachhaltige Entwicklung intergenerationelle Gerechtigkeit erfordert, dann stellt sich für Ökonomen die Frage, ob nicht bereits auf der positiven Ebene die Ökonomie des Haushaltes und das generative Verhalten seiner Mitglieder unter bestimmten Rahmenbedingungen Nachhaltigkeit zur Folge haben kann. Entsprechend dieser empirischen Fragestellung soll geprüft werden, ob die ethische Zielgröße der Nachhaltigkeit durch eine bestimmte Konstellation ökonomischen und generativen Handelns in familialen Haushalten befördert oder behindert wird.

## *2. Familienökonomie, Bevölkerungswachstum und Entwicklung*

Die klassische und mehrheitlich verbreitete Gemeinschaftsform, die Haushalte konstituiert, ist - auch soziologisch betrachtet - die soziale Gemeinschaft der Familie. Moderne Familiendefinitionen reichen von der traditionellen monogamen und auf ein ganzes Leben angelegten Ehe über verschiedene Partnerbeziehungen bis hin zu Formen der Patchworkfamilie. Als nicht-normative soziologische Minimaldefinition kann unter Familien eine auf Dauer angelegte Partnerbeziehung gefasst werden, zu der in der Regel zwei Generationen gehören. Ausnahmen sind beispielsweise Geschwisterfamilien oder eine Ehe ohne Kinder. In der christlichen Ethik steht selbstverständlich die christliche Ehe, die auf Kinder hin angelegt ist, als Raum unbedingter Annahme und wechselseitiger Solidarität bis zum Lebensende als ethische Hochform an erster Stelle.<sup>89</sup>

Familienökonomie ist generell die Ökonomie der privaten Haushalte mit dem spezifischen Blick auf die Relationen der Individuen, die üblicherweise in familialen Beziehungen stehen. Die Familienökonomie in-

teressiert neben der konsumptiven auch die produktive Komponente der Aktivitäten in Familienhaushalten, weil die Familie neben der Versorgung mit materiellen Grundgütern des Lebens auch Dispositionen für Vermögen festlegt und die elementarste Humankapitalbildung betreibt, nämlich die Investition in Kinder und die Erziehung derselben.<sup>90</sup> Diesbezüglich liegt bei der Familie die Entscheidung über die Zahl der Nachkommenschaft, was wiederum für die Bevölkerungsentwicklung einer Gesellschaft ausschlaggebend ist. Der Familienhaushalt als primärer Ort der Versorgungswirtschaft ist ein gewaltiger volkswirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Faktor, der allerdings in der traditionellen makroökonomischen Analyse ebenso wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stark unterbewertet ist.

Aus einer globalen Perspektive ist nicht nur diese ökonomische Dimension der personalen Einheit Familie von Interesse, sondern vielmehr die Frage, wie durch Familien intergenerationelle Gerechtigkeit hergestellt oder beeinflusst werden kann, also eines der normativen Ziele, die der Begriff der nachhaltigen Entwicklung aufzeigt. Hierbei ist davon auszugehen, dass nachhaltige Entwicklung auch den Aspekt einer sich in sinnvoller Weise reproduzierenden Bevölkerung einbezieht.

Dies lässt sich folgendermaßen argumentieren: Die Bevölkerungsentwicklung einer Gesellschaft, die durch die Reproduktions- bzw. Geburtenrate gemessen wird, ist die entscheidende Größe für die ökonomische und soziale Entwicklung einer Gesellschaft. Überbevölkerung und Bevölkerungssteigerungen, die deutlich über einer Reproduktionsrate von 2,1 liegen, sind bedrohlich für die Entwicklung von Gesellschaften, da sie sich sozial, politisch und ökonomisch nur in langwierigen Anpassungsprozessen bewältigen lassen und in aller Regel Armut verursachen. Ein Beispiel hierfür ist die Bevölkerungsexplosion in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die neben der Industrialisierung der eigentliche Grund für die Massenarmut und die soziale Frage zu dieser Zeit war. Darüber hinaus führt extremes Bevölkerungswachstum global betrachtet auch heute noch zu einem Ressour-

88 Nutzinger, H., Effizienz, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, in: Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr.36, 2002, 23.

89 Vgl. Papst Johannes Paul II., *Familiaris Consortio*, Rom 1981 und Brief an die Familien, Rom 1994.

90 Vgl. Krüsselberg, H.-G., Familienökonomie, in: [www.familienhandbuch.de](http://www.familienhandbuch.de), 2002, 1-13, online abgerufen am 15. Juni 2004.

cenverbrauch, der einer nachhaltigen Verantwortung für zukünftige Generationen widerspricht.<sup>91</sup>

Die Weltbevölkerung weist zurzeit immer noch erhebliche Steigerungsraten, vor allem in Entwicklungsländern, auf, obwohl auch hier die Geburtenraten in den letzten 40 Jahren überwiegend im Fallen begriffen sind.<sup>92</sup> Dabei handelt es sich nach wie vor um eines der größten entwicklungsethischen und -ökonomischen Probleme.

Nachhaltige Entwicklung erfordert die Vermeidung von zwei Extrementwicklungen. Sie kann sich weder bei extremer Überbevölkerung in Entwicklungsländern vollziehen noch bei großem Bevölkerungsrückgang wie dies zurzeit in Europa der Fall ist. Beide Tendenzen verhindern wesentliche Entwicklungsprozesse von Menschen: Sozialethisch betrachtet führt Überbevölkerung zur Reduktion wirtschaftlicher Wachstumsprozesse und gesellschaftlichen Wohlstands in erheblichem Umfang; individualethisch betrachtet widerspricht sie einer verantworteten Elternschaft, in der das Wohl der Kinder im Mittelpunkt der Familie stehen soll.

Die Problematik einer überproportionalen Bevölkerungssteigerung lässt sich im Kontext klassischer Entwicklungsländer belegen. Eine Volkswirtschaft kann makroökonomisch gesehen positive Wachstumsraten aufweisen, dennoch kann ein sinkendes Pro-Kopf-Einkommen vorliegen, das eine Verarmung weiter Bevölkerungsgruppen signalisiert. Dies wird als Entwicklungs- und Armutsfalle bezeichnet, die in vielen Entwicklungsländern beobachtet werden kann. Sie besagt, dass auch bei einem kräftigen Wachstum des BIP bzw. Sozialprodukts die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens gering, ja sogar negativ sein kann. Dies ist dann der Fall, wenn die Geburtenraten deutlich über 2 liegen und damit die Bevölkerung überproportional stark zunimmt.

Die Armutsfalle stellt sich wie in Abb. 4 gezeigt dar<sup>93</sup>:

Horst Siebert zeigt, dass auch bei einem kräftigen Wachstum des So-

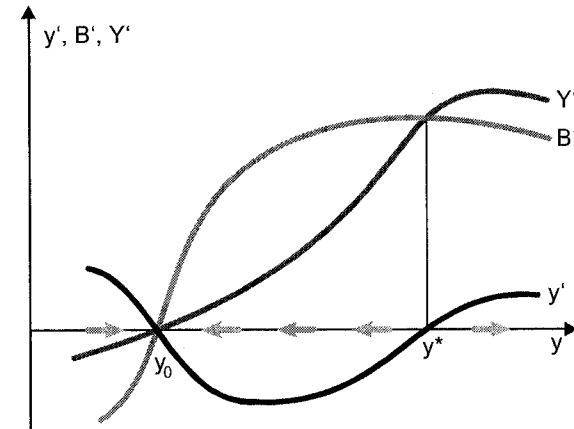


Abb. 4: Armutsfalle

zialprodukts ( $Y'$ ) die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens ( $y'$ ) gering sein kann. Sie kann sogar negativ sein, wenn die Bevölkerung stark wächst.

Im Verlaufe der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Zuwachsraten des Sozialprodukts geringer, es tritt eine Stabilisierung auf hohem Niveau ein. Die Wachstumsrate der Bevölkerung ( $B'$ ) bleibt dann nahezu konstant (oder nimmt später in »alten« Volkswirtschaften sogar ab).

In der Armutsfalle gilt folgender Zusammenhang: Unterhalb eines sehr geringen Pro-Kopf-Einkommens  $y_0$  nimmt die Bevölkerung schneller ab als das Sozialprodukt. Die Volkswirtschaft tendiert zum Punkt  $y_0$ .

Aus der Definition des Pro-Kopf-Einkommens  $y = Y/B$  folgt für die Veränderungsrate des Pro-Kopf-Einkommens  $y' = Y' - B'$ . Solange die Bevölkerung stärker wächst als das Sozialprodukt, nimmt nach dieser Formel das Pro-Kopf-Einkommen ab ( $Y' < B'$ , also  $y' < 0$ ). Erst wenn das Sozialprodukt stärker zunimmt als die Bevölkerung ( $Y' > B'$ , also  $y' > 0$ ), steigt das Pro-Kopf-Einkommen.

Das Pro-Kopf-Einkommen  $y_0$  ist ein stabiles Gleichgewicht auf niedrigem Niveau. Oberhalb von  $y_0$  wächst zunächst die Bevölkerung stärker als das Sozialprodukt; die Volkswirtschaft tendiert deshalb wieder zum Punkt  $y_0$  zurück. Erst wenn die Schwelle  $y^*$  einmal überschrit-

91 Vgl. Nuscheler F., Entwicklungspolitik, Bonn, 4/1995, 214ff.

92 Vgl. Hauser, J. A., Bevölkerungsentwicklung - Entwicklungsländer und globale Ebene, in: Handbuch der Wirtschaftsethik, Gütersloh, 1999, 129-151, 140f.

93 Nach: Siebert, H., Weltwirtschaft, Stuttgart, 1997, 121.

ten ist, nimmt das Pro-Kopf-Einkommen zu, denn dort steigt das Sozialprodukt stärker als die Bevölkerung. In dem Bereich zwischen  $y_0$  und  $y^*$  fällt die Volkswirtschaft also immer wieder auf  $y_0$  zurück; sie verharrt auf einem niedrigen Niveau und ist in einer Falle der Unterentwicklung gefangen. Es bedarf eines positiven externen Schocks, um der aufgezeigten Situation zu entkommen.<sup>94</sup>

Diese Fälle kommen in vielen Entwicklungsländern mit hohem Bevölkerungswachstum vor. Die Steigerung der Bevölkerung ist so hoch, dass diese Länder mit dem Bau von Schulen, Krankenhäusern und Straßen nicht nachkommen. Dies bedeutet, dass weder flächendeckende Bildung noch Krankenversorgung gewährleistet werden kann und wir von einer unwürdigen Versorgung der Bevölkerung ausgehen müssen, die ihnen keinerlei Chancen gibt, aus individueller Kraft der Armutsfalle zu entkommen.

Armutsfallen treten vor allem in armen und ärmsten Ländern der Erde auf, in denen aufgrund mangelnder Sozial- und Rentenversicherungssysteme die Altersversorgung unmittelbar über die Familie und die Kinder erfolgt.<sup>95</sup>

Bezüglich der Altersversorgung müssen wir festhalten: Eine Solidargemeinschaft zwischen Eltern- und Enkelgeneration besteht durch das Erfordernis hinreichender Reproduktion zwar in jeder Altersversorgung, die über den Drei-Generationen-Vertrag erfolgt (auch in der deutschen im 21. Jahrhundert). Aber wir beobachten in der Bevölkerungsökonomie ein unterschiedliches Verhalten von Familien in Bezug auf die Kinderzahl, je nachdem, ob sie für ihr Alter selbst vorsorgen müssen oder ob die Solidarität einer Großgesellschaft für die Umverteilung bei der Altersversorgung zuständig ist. Bei letzteren sind die Bevölkerungszahlen durchweg rückläufig. In Ländern, in denen keine Versicherungssysteme, kaum Bildungszugang und geringes Pro-Kopf-

94 Vgl. ebd. 123.

95 Neben der Altersversicherungshypothese existieren auch die Fruchtbarkeits-Mortalitätshypothese, die Bildungshypothese, die Pro-Kopf-Einkommenshypothese und die Regierungs- und Motivationshypothese, die alle in der Bevölkerungsökonomie diskutiert werden. Vgl. hierzu Hauser, J. A., Bevölkerungsentwicklung - Entwicklungsländer und globale Ebene, in: Handbuch der Wirtschaftsethik, Gütersloh, 1999, 129–151, 139–141.

Einkommen existieren - dies ist im Wesentlichen in Entwicklungsländern der Fall - gibt es eine Entwicklungs- und Armutsfalle, weil die Menschen gegen Risiken durch eine überproportional starke Kinderzahl vorsorgen. Daneben existieren kulturelle, soziale und gesellschaftliche Gründe für eine hohe Kinderzahl, insbesondere wenn gesellschaftliche Anerkennung und weiblicher Status über die Zahl männlicher Nachkommen gewonnen wird.

Wenn nun zwei regulativen Ideen der Sozialethik, nämlich der Nachhaltigkeit und der Armutsbegrenzung nachgekommen werden soll, so kann das mittelfristige politische Ziel in Ländern mit Überbevölkerungstendenzen nur in gesellschaftlichen Anreizen zur Begrenzung dieser bestehen, die allerdings oft so kontraintuitiv und indirekt wirken, dass sie nicht einfach zu gestalten sind.

Die ethischen Möglichkeiten einer solchen gesellschaftlichen Begrenzung sind zudem stark eingeschränkt, weil sie die Institution der Familie, die freie Entscheidung von Individuen in Familien und die Grundsätze verantworteter Elternschaft berücksichtigen müssen sowie weder interventionistisch noch bevormundend sein dürfen.

Eine Bevölkerungsbegrenzung kann aus einer ethischen Perspektive nämlich in ihren Mitteln ebenso problematisch sein, wie die Tatsache der Überbevölkerung selbst. Dies zeigt die Realität in manchen Ländern Südasiens, auf die ich eingehen möchte.

### *3. Fehlende Frauen als Indikator mangelnder Nachhaltigkeit*

Nicht jede Art der Wachstumsreduktion einer Gesellschaft wirkt sich entwicklungsfördernd aus oder dient der Förderung der Menschenrechte. Eine Bevölkerungsbegrenzung sollte weder durch die Erhöhung der Sterblichkeitsziffern mittels Kriegen, Hungersnöten oder Seuchen wie AIDS erfolgen, woran Malthus noch dachte, und auch nicht in einer autoritären Geburtenziffernlösung wie durch Chinas Ein-Kind-Politik. Beides sind Lösungen, die der Würde menschlicher Personen, ihrem Lebensrecht und ihrem Selbstbestimmungsrecht in Fragen der Fortpflanzung grundsätzlich widersprechen, selbst wenn sie bislang Realität sind. Ich will in diesem Zusammenhang einen weiteren realen Faktor innerhalb von Familienhaushalten diskutieren, der

Bevölkerungswachstum reduziert, ohne dass die genannten ethischen Kriterien erfüllt sind.

Empirische Untersuchungen belegen, dass unter Armutsbedingungen eine bereits vorhandene kulturell bedingte Ungleichbehandlung von Männern und Frauen nicht nur beim Zugang zu schulischer Bildung oder medizinischer Versorgung verstärkt zum Tragen kommt, sondern auch in der Ungleichverteilung von lebensnotwendigen Gütern in der Familie. Diese Ungleichverteilung reicht so weit, dass sie sich in erheblichen Zahlen niederschlägt.

Die empirisch nachweisliche Konsequenz der mangelnden Gleichstellung der Frauen in den Familien ist, dass weltweit bis zu 100 Millionen Mädchen und Frauen fehlen. Was bedeutet das? Dieses Problem wird in der wissenschaftlichen Debatte derzeit unter dem Problem der »Missing Women« diskutiert. Es besagt, dass ohne Fremdeinwirkung normalerweise bei der Geburt von Kindern fast egalitäre Geschlechterverhältnisse auftreten, also annähernd genauso viele Mädchen wie Jungen geboren werden. Faktisch werden unter normalen Umständen mehr Jungen als Mädchen geboren, in der Regel mehr als fünf Prozent. Viele Belege sprechen dafür, dass Frauen gemäß ihrer höheren Lebenserwartung in westlichen Ländern überlebensfähiger sind als Männer und höhere Überlebenschancen haben, vorausgesetzt, sie erhalten die gleiche Fürsorge. In Europa und Nordamerika geht die allgemeine Tendenz dahin, dass Frauen dementsprechend Männern zahlenmäßig signifikant überlegen sind. Beispielsweise ist das Verhältnis von Frauen zu Männern in Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten größer als 1,05. Wäre dies in allen anderen Erdteilen der Fall, müssten weltweit Tausende von Mädchen und Frauen mehr leben.

Die Gründe für den weltweiten Mangel an Frauen und Mädchen sind multifaktoriell. Frauen weisen empirisch belegbar in vielen Teilen der Welt eine unverhältnismäßig hohe Sterblichkeitsrate auf und besitzen deutlich geringere Überlebenschancen als Männer. Dies ist nicht natürlich verursacht, sondern deutet auf einen kulturell bedingten Aspekt der Ungleichbehandlung der Geschlechter hin, der in Nordamerika und Europa nicht nachweisbar ist. Gerade wegen ihrer Signifikanz zeigt die unnatürlich höhere Sterblichkeitsrate von Frauen in Entwicklungsländern nach Sen und Klasen<sup>96</sup> einen sehr wichtigen Mangel an Verwirklichungschancen für Frauen an und weist auf deren spezifische

Armut hin. In vielen Ländern der Dritten Welt, vor allem in Asien und Nordafrika, ist die Situation folgendermaßen. Dort beträgt das Verhältnis von Frauen zu Männern weniger als 0,95 (Ägypten), 0,94 (Bangladesch, China, Westasien), 0,93 (Indien) oder sogar 0,90 (Pakistan).<sup>97</sup>

Das ungünstige Zahlenverhältnis von Frauen zu Männern in asiatischen und nordafrikanischen Ländern deutet auf den Einfluss sozialer Faktoren hin. Es lässt sich leicht berechnen, dass in diesen Ländern, sofern sie dasselbe Geschlechterverhältnis wie in Europa und den Vereinigten Staaten bei der Geburt von Kindern aufweisen, angesichts der Größe der männlichen Bevölkerung Millionen von Frauen mehr leben müssten. Allein in China müsste die Zahl der »fehlenden Frauen« nach Berechnungen auf der Grundlage des europäischen oder amerikanischen Verhältnisses größer als 50 Millionen sein, und auf dieser Basis müssten für all diese Länder zusammengenommen weitaus mehr als 100 Millionen Frauen als »fehlend« gelten.<sup>98</sup>

Ein wissenschaftlicher Einwand diesbezüglich ist, dass man hier Länder wie China und Indien nicht mit denselben Maßen messen kann, weil erhebliche Armutsfaktoren vorliegen und die Gleichstellung der Frauen nicht so weit fortgeschritten sei wie im Westen. Aber selbst wenn jegliche normative Wertung zunächst bewusst ausgespart wird, können die Gründe für diese Ungleichheitsrelation nicht erklärt werden. Es ist von erheblichen Fremdeinwirkungen auszugehen, die der natürlichen Geschlechterrelation in bestimmten Entwicklungsländern, insbesondere in Südostasien, entgegenwirken. Der Unterschied in der Geschlechterrelation in Ländern wie China und Indien ist so signifikant, dass dies nicht nur einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung entgegenwirkt, sondern auch auf eine fundamentale Nichtbeachtung von Frauenrechten als Menschenrechte hinweist.<sup>99</sup>

Um aussagekräftige empirische Daten über die Hintergründe zu erfahren, schlägt Sen vor, dass als Vergleichsbasis zunächst nicht das Ver-

96 Vgl. Klasen, S., Gender inequalities and development strategies: Lessons from the past and policy issues for the future, in: World Employment Programme Research Working Papers No. 41, Geneva, 1993, 1–13.

97 Vgl. Sen A., Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien 2000, 124.

98 Vgl. ebd. 130ff.

hältnis von Frauen zu Männern in Europa oder Amerika zugrunde gelegt wird, sondern das der Länder südlich der Sahara. Denn in Afrika sind Mädchen und Frauen trotz verbreiteter Beschneidungsriten bezogen auf die relativen Sterblichkeitsraten weniger im Nachteil gegenüber den Männern als in Asien. Die Vergleichbarkeit besteht darin, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung generell ähnlich wie in Asien ist und die Geburtenraten nicht niedriger ausfallen als in weiten Teilen Asiens. So ist dem Vorwurf der Unvergleichbarkeit Rechnung getragen.

Amartya Sen und Jean Dreze nehmen das Verhältnis von Männern zu Frauen in den Ländern südlich der Sahara, das zurzeit 1,022 beträgt, als Vergleichsmaßstab und kommen auf dieser Basis zu einer Schätzung von 44 Millionen fehlenden Frauen in China, 37 Millionen in Indien und einer Gesamtsumme für Entwicklungsländer von immer noch über 100 Millionen.<sup>100</sup>

Dem Problem kann auch mit einer anderen Methode Rechnung getragen werden, die zu ähnlichen Ergebnissen führt. Hier wird die faktische Lebenserwartung und Geburtenrate in diesen Ländern vorausgesetzt und dann berechnet, welche Anzahl von Frauen zu erwarten wäre, wenn sie keine geringeren Überlebenschancen hätten. Eine direkte Schätzung legte der Entwicklungsökonom Ansley Coale hierzu vor. Er kam auf der Grundlage der historischen Erfahrung und mit Hilfe von modellhaften Bevölkerungstabellen zu konkreten Schätzungen. Nach seinem Verfahren erhält man eine Anzahl von 29 Millionen »fehlende Frauen« für China, 23 Millionen für Indien und für alle Länder zusammengekommen etwa 60 Millionen.<sup>101</sup> Obgleich diese Zahlen niedriger liegen als die von Sen, sind sie immer noch sehr hoch. Andere Schätzungen kommen zu höheren Zahlen, so auch die Schätzung des deut-

99 Vgl. Mack, E., Sind Frauenrechte Menschenrechte? Ihre Bedeutung in einem interkulturellen Dialog, in: Schweidler, W. (Hg.), Menschenrechte und Gemeinsinn - Westlicher und östlicher Weg? Philosophisch-politische Grenzerkundungen zwischen westlichen und ostasiatischen Kulturen, St. Augustin 1998, 47–64.

100 Vgl. Sen A., Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien 2000, 131. Vgl. auch Sen, A., Missing Women, British Medical Journal Nr. 204, 1992.

101 Vgl. Coale, A., Excess Female Mortality, in: Population & Development Review, 1991.

schen Entwicklungsökonomten Stephan Klasen, der auf eine Zahl von ca. 90 Millionen fehlenden Frauen kommt.<sup>102</sup>

Wenn wir uns nun die Frage stellen, warum die Sterblichkeitsraten in diesen Ländern Südostasiens von Frauen signifikant höher sind als von Männern, so sind die Gründe wie bereits angedeutet multifaktoriell.

In Indien übertrifft beispielsweise die altersspezifische Sterblichkeitsrate von Frauen stets die von Männern bis zum 30. Lebensjahr. Während, wie Sen feststellt, die hohe Sterblichkeit im gebärfähigen Alter zum Teil auf den Tod unmittelbar im Kindbett oder kurz darauf zurückzuführen ist, kann diese Erklärung nicht ausschließlich für die schlechteren Überlebenschancen von Frauen in frühester Kindheit und Jugend herangezogen werden.<sup>103</sup>

Einige der zusätzlichen Gründe hierfür sind sicherlich Praktiken der Tötung von gerade geborenen Mädchen und eine sich ausbreitende geschlechtsspezifische Abtreibung von weiblichen Föten. Diese Tatsachen der Frauendiskriminierung sind ethisch eindeutig zu verurteilen, sie liefern jedoch zahlenmäßig ebenso noch keine hinreichende Erklärung für die Höhe der außergewöhnlich beträchtlichen Sterblichkeitsrate von Frauen noch für ihre Verteilung über die Altersgruppen.

Die Hauptgründe müssen wir nach Einschätzung der meisten Autoren, die der mangelnden Lebenserwartung von Frauen in empirischen Studien nachgehen, in der vergleichsweise großen Vernachlässigung der Gesundheit und Ernährung von Mädchen in der Familie suchen, besonders in der Kindheit.

Klasen macht in einer empirischen Entwicklungsstudie die Ungleichverteilung von notwendigen Grundgütern und Ressourcen in den Familien für den Frauenmangel verantwortlich.<sup>104</sup> Sen liefert darüber hinaus eine Reihe unmittelbarer Belege dafür, dass für die Gesundheit der

102 Vgl. Klasen, S., Gender inequalities and development strategies: Lessons from the past and policy issues for the future, in: World Employment Programme Research Working Papers No. 41, Geneva, 1993.

103 Vgl. Sen A., Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien 2000, 133.

104 Vgl. Klasen, S., Gender inequalities and development strategies: Lessons from the past and policy issues for the future, in: World Employment Programme Research Working Papers No. 41, Geneva, 1993, 1–13.

Mädchen innerhalb der Familien weniger Sorge getragen wird, dass sie im Krankheitsfall seltener stationäre Gesundheitsversorgung erhalten und darüber hinaus nicht ausreichend ernährt werden.<sup>105</sup>

Es lassen sich auch für andere Entwicklungs- und Transformationsländer ähnliche Vernachlässigungsprobleme gegenüber Mädchen und Frauen dokumentieren, die im Ländervergleich anhand der drei Indikatoren: Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate und Einkommen von Frauen gemessen werden, dem Gender Development Index, der von der UNO analog zum Human Development Index eines Landes gemessen wird.<sup>106</sup> Am niedrigsten fällt dieser Wert im weltweiten Vergleich in Südostasien und in den arabischen Staaten aus. Es zeigt sich für diese Entwicklungsländer, dass fast zwei Drittel aller Analphabeten in der Welt weiblich sind, der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für Frauen sehr viel schwerer ist als für Männer, aber auch, dass die Lebenserwartung für Frauen in diesen Ländern niedriger ist als die der Männer.<sup>107</sup>

Für China lässt sich beispielsweise dokumentieren, dass Gesundheit und Ernährung von Mädchen so extrem vernachlässigt werden, dass ihr frühzeitiger Tod in Kauf genommen wird. Sen weist darauf hin, dass in China einiges dafür spricht, dass die Benachteiligung in den letzten Jahren drastisch gestiegen ist, vor allem seitdem 1979 neben anderen Reformen die staatliche Familienplanung eingeführt wurde, die für einige Landesteile die Ein-Kind-Familie vorschreibt.<sup>108</sup> Auch zeigt

105 Vgl. Sen A., *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München/Wien 2000, 133.

106 Die UNDP hat diese Werte für die verschiedenen Regionen der Welt aggregiert; vgl. hierzu: Enquete-Kommission der Bundesregierung, *Globalisierung der Weltwirtschaft*, Opladen, 2002, 311. Vgl. auch Modgadam, V. M. (Hg.), *Patriarchy and Economic Development. Women's Position at the End of the Twentieth Century*, Oxford, 1996. Hier lassen sich zahlreiche einzelnen Länderberichte nachlesen.

107 Vgl. Weltbank, *Engendering Development. Enhancing Development through Attention to Gender*. Washington D.C., 2001, 61–69. Vgl. auch Lenz, I., *Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Globalisierung in den Bereichen Global Governance, Arbeitsmärkte und Ressourcen*, Ruhr-Universität, Berlin, Deutscher Bundestag, AU-Studie, 14/36, 2002.

108 Vgl. Sen, A., *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München/Wien 2000, 133.

sich in China eine sprunghafte Zunahme des Anteils männlicher Säuglinge gegenüber weiblichen. Dieser Anstieg deutet daraufhin, dass neugeborene Mädchen entweder versteckt oder sogar ausgesetzt und umgebracht werden, wodurch sich die Eltern den harten Strafen der Einkindverordnung entziehen. Die höhere Sterblichkeitsrate bei Mädchen wird also bewusst vorgeburtlich oder kurz danach herbeigeführt, um einen männlichen Stammhalter zu gebären. In den letzten Jahren scheint die Präferenz der Chinesen für männliche Nachkommen so durchschlagend, dass zudem die nach Geschlecht vorgenommenen Abtreibungen in erheblichem Maße zunehmen.<sup>109</sup>

Insgesamt sind der Frauenmangel und die Übersterblichkeit von Frauen weltweit eine bestürzende Verschärfung der Tatsache der Nichtbeachtung der Menschenrechte von Frauen, Mädchen und ungeborenem weiblichen Leben. Die Zahl fehlender Frauen wirkt zwar langfristig einer überproportionalen Bevölkerungssteigerung in diesen Ländern entgegen, aber zu welchem Preis? Die Grenzen der Diskriminierung werden bis zum Mord hin überschritten und führen zum frühzeitigen Tod der Hälfte der eigenen Bevölkerung aufgrund ihres Geschlechtes. Dies ist ethisch betrachtet, neben der eklatanten Armut eines Großteils der gesamten Weltbevölkerung, das extremste und viel zu wenig bekannte Gerechtigkeitsproblem der Weltgesellschaft. Eine derartige geschlechtsspezifische Bevölkerungsbegrenzung muss aus Gründen der Nichtbeachtung von Frauenrechten als Menschenrechten zutiefst verurteilt werden.

Nach diesem Negativbeispiel ist die Frage weiterhin offen: Was kann in diesen Kontexten von Entwicklungsländern eine Bevölkerungsentwicklung fördern, die mit der Würde, der Freiheit und dem Lebensrecht von Menschen in jeder Hinsicht vereinbar ist und zudem die Institution der Familie nicht gefährdet? Gibt es interne Motivationsgründe, die in den Wertpräferenzen von Familienmitgliedern zu suchen sind, so dass diese in verantworteter Form so vielen Kindern das Leben schenken, dass diese auch gut überleben können, sowie allen Kindern einer Familie gleichrangige Chancen bieten? Kann diese intrinsi-

109 Vgl. zur Situation in China: Xiaorong, L., *Gender Inequalities in China and Cultural Relativism*, in: Nussbaum, M./Glover, J. (Hg.), *Women, Culture and Development. A Study of Human Capabilities*, Oxford, 1995, 407–425.



sche Motivation zu einer verantworteten Elternschaft extern durch Institutionen und Rahmenbedingungen einer Gesellschaft angereizt und gefördert werden? Dies führt uns zu der Untersuchung, welche Rolle den einzelnen Individuen und insbesondere den Frauen innerhalb der Familienhaushalte für die Bevölkerungsentwicklung zukommt.

#### *4. Positive Korrelation zwischen Frauenrechten und nachhaltiger Entwicklung*

Betrachtet man diejenigen Länder, in denen Menschenrechte für Frauen in Familien gestärkt wurden oder in Geltung sind, dann lässt sich eine positive Korrelation zu einer nachhaltigen Entwicklung einer solchen Gesellschaft mit der Tendenz zu einer optimalen Bevölkerungsgröße ausmachen. Familienethik, Ökonomik und Entwicklung gehen in diesem spezifischen Fall Hand in Hand.

Um diese These zu verifizieren, sind vielfältige Untersuchungen erfolgt:

Zunächst ist jedoch begrifflich zu klären, was unter Frauenrechten und Frauenentwicklung verstanden wird. Als Kriterien für fortgeschrittene Frauenentwicklung schlage ich in Erweiterung des Konzeptes von Sen vor: die Möglichkeit analog zur männlichen Bevölkerung einer Gesellschaft, Bildung zu erwerben und einen Beruf zu erlernen, den gleichen Zugang zu Gesundheitsversorgung zu erlangen, ebenso wie das Recht, die Integrität ihrer Körperlichkeit selbst zu bestimmen, die Fähigkeit der Frauen, sich ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften, die Möglichkeit außerhalb der Familie einen Beruf auszuüben, eigene Eigentums- und Vermögensrechte wahrzunehmen, selbständig, d.h. unabhängig von einer Familienintegration oder einer Verheiratung, einen Haushalt führen zu können, als informierte Personen an Entscheidungsprozessen innerhalb und außerhalb der Familie mitzuwirken, gleiche Rechte vor dem Gesetz zu besitzen, politisches Wahlrecht ausüben zu können sowie gleichrangigen Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und Ämtern inne zu haben.

Familienethisch sowie bevölkerungswissenschaftlich relevant ist nun die Frage, welche gesamtgesellschaftlichen Wirkungen eine solche Frauenentwicklung mit sich bringt.

Empirisch vergleichende Länderstudien, die im internationalen Ver-

gleich generelle Aussagen über den Zusammenhang zwischen dem Status der Frauen, der Geburtenrate und der Bevölkerungsentwicklung zulassen würden, liegen nur für wenige Länder vor.<sup>110</sup> Die Aussagekraft dieser Studien ist allerdings noch sehr begrenzt und es existieren noch Forschungsdesiderate in der Entwicklungsökonomie, die besonders darauf zurückzuführen sind, dass das Thema der Familienförderung nicht vordringlich im Sichtfeld der Entwicklungsökonomien steht.

Übereinstimmend wird jedoch in den vorliegenden Studien nachgewiesen, dass sich mit Verbesserung der Entwicklungssituation von Frauen die eklatant hohe Sterblichkeitsrate von Frauen in Entwicklungsländern reduziert, so dass sie sich sogar der Sterblichkeitsrate von Männern annähert.<sup>111</sup> Sen weist darauf hin, dass »eine bessere Stellung der Frau innerhalb der Familie die Kindersterblichkeit deutlich zu senken vermag«<sup>112</sup>, ähnlich wie ihr Bildungsniveau hierauf einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss hat. Denn gebildete Frauen, die ein gewisses Selbstentscheidungsrecht in der Familie besitzen, stellen die traditionell ungleiche Verteilung von lebensnotwendigen Gütern in der Familie in Frage und verteilen lebensnotwendige Güter eher geschlechtsunspezifisch und gleichrangig. Dies lässt sich im Einzelnen nachvollziehen, wenn man sich vergegenwärtigt, was Rechte für Frauen an Konsequenzen für die familiäre Entwicklung in unterentwickelten Gesellschaften bewirkt haben:

»Erstens hat die Erwerbstätigkeit der Frau viele positive Auswirkungen auf ihre Selbstbestimmung, und dazu gehört häufig auch, dass der Versorgung der Kinder größere Bedeutung beigemessen wird und die Frau in familiären Entscheidungsprozessen diesem Anliegen mehr Gewicht zu geben vermag.«<sup>113</sup>

Zweitens ist der Bildungsstand der Frauen ein eindeutiger und statistisch signifikanter Faktor für die Verringerung der Sterblichkeitsrate

110 Vgl. Alka, B., *Culture, the Status of Women and Demographic Behaviour*, Oxford 1992.

111 Vgl. Sen, A., *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München/Wien 2000, 235.

112 Ebd.

113 Vgl. ebd., 239.

bei Kindern unter fünf Jahren. Diese positive Korrelation lässt sich in mehreren Ländern nachweisen. Es lässt sich aufgrund Länder vergleichender Studien mit Sen von einer engeren Verbindung zwischen weiblicher Schulbildung und den Überlebenschancen von Kindern sprechen.<sup>114</sup>

Drittens gibt es die Hypothese, dass Frauenbildung sogar Einfluss auf die Korrektur eines geschlechtsspezifischen Ungleichgewichts der Kindersterblichkeit zulasten der Mädchen besitzt: Hier lässt sich die These belegen, dass »je höher die Schulbildung und je größer die Zahl der erwerbstätigen Frauen (ist), desto niedriger (ist) der Grad der relativen Benachteiligung von Mädchen hinsichtlich der Überlebenschancen.«<sup>115</sup> Diesbezüglich liegen neben den Aussagen von Sen statistische Auswertungen von Dreze und Murthi vor, die zeigen, dass eine direkte Korrelation besteht.<sup>116</sup> Es wird aufgezeigt, dass es keinen anderen Faktor gibt, der die Sterblichkeit von Kindern stärker reduziert als die Schulbildung von Frauen. Eher geringe Auswirkungen haben nach diesen Aussagen männliche Schulbildung, allgemeine Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut sowie Maßnahmen, die generell auf die Hebung des Wohlstandsniveaus einer Gesellschaft ausgerichtet sind.

Um einen Einfluss der Stärkung von Frauenrechten auf eine nachhaltige Entwicklung nachzuweisen, bedarf es schließlich eines weiteren Zusammenhangs, der zu belegen wäre. Frauenrechte und Frauenentwicklung müssten eine erhebliche Auswirkung auf die Geburtenrate haben.

Es ist nachweislich, dass sich weibliche Selbstbestimmung in rechtlicher, sozialer und ökonomischer Hinsicht gesellschaftlich deutlich stärker auswirkt als die von Männern. Eine Verbesserung der Rechte der Frauen und eine Erhöhung des Einflusses von Frauen in und außerhalb von Familien führen in den meisten Gesellschaften zum Rückgang der Geburtenrate. Dies ist weltweit nachweisbar. Hierzu einige Belege: »Vergleicht man die unterschiedlichen Geburtenraten verschie-

114 Ebd., 240.

115 Vgl. ebd., 240.

116 Vgl. Drèze, J./Murthi, M. Fertility, Education, and Development, in: Evidence from India. Population and Development Review 27, New York, 2001, 33–63.

dener indischer Distrikte, so findet man diese Verknüpfungen tatsächlich dort widergespiegelt. Unter sämtlichen (...) berücksichtigten Variablen haben einzig die Schulbildung und die Erwerbstätigkeit der Frauen statistisch signifikante Auswirkungen auf die Geburtenzahlen.«<sup>117</sup> Auch die negative Korrelation von mangelnder weiblicher Schulbildung und Geburtenzahlen ist empirisch belegt.<sup>118</sup>

Dies ist nicht verwunderlich: Bildung erhöht die Kenntnisse über den eigenen Körper, dessen Zyklus und über die Möglichkeit verantworteter Sexualität. Neben diesen eher biologischen Kenntnissen ist auch ein psychologischer Faktor entscheidend. Mit wachsender Bildung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit gewinnen Frauen nicht nur an Selbstständigkeit, sondern auch an Selbstbewusstsein. Ihre Fähigkeit, »Nein« zu sagen, verbunden mit der Möglichkeit, einen eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Weg zu gehen, erlaubt es ihnen, sich selbst unabhängig von ihrer eigenen Fertilität zu bejahen und sich den Wünschen von Ehemännern ebenso wie einer ständigen Verfügbarkeitsforderung zu verweigern, ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Bevölkerungsentwicklung eines Entwicklungslandes. Abhängigkeiten von Frauen gegenüber Männern reduzieren sich und die Familie wird zum Gestaltungsraum zwischenmenschlicher, gleichrangiger Partnerschaft. Dies birgt individuelle Chancen für alle Beteiligten, aber auch potentielle Härten für Frauen, Männer und auch Kinder, weil Beziehungen nicht mehr auf Abhängigkeiten, sondern auf freiwilligen Bindungsentscheidungen beruhen. Entwicklungsökonomisch gesehen sind größere Freiheitsrechte von Frauen deshalb in jedem Fall ein Faktor, der überproportionales Bevölkerungswachstum korrigieren kann.

Ein Beispiel aus dem Bundesstaat Kerala in Indien soll dies vergegenwärtigen. Hier gibt es besondere Erfolge beim Hauptproblem Indiens, der Überbevölkerung und der damit verbundenen Armut. Es kam in den letzten Jahren zu einer Senkung der Geburtenrate, unter anderem dadurch, dass eine aktive Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen Leben herbeigeführt wurde. In Gesamtindien beträgt die Gebur-

117 Sen, A., Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien 2000, 241.

118 Vgl. ebd., 399.

tenrate rund 3, in Kerala ist sie unter die Reproduktionsrate von 2 gesunken, was für diesen Bundesstaat enorm positive soziale und wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge hat. Die Armuts- und Entwicklungsfalle konnte durchbrochen werden. Der hohe Bildungsstand der Frauen spielt dabei wohl die entscheidende Rolle. Politisch ergänzend hat die Regierung von Kerala die Eigentumsrechte für Frauen erweitert.<sup>119</sup>

Ähnliche positive Beispiele, in denen vor allem auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen abgezielt wird, liegen in Bangladesh durch die Erfahrungen der Grameen Bank vor<sup>120</sup> und in anderen Teilen Indiens, in denen die Self-Employed Womes's Association (SEWA) tätig ist<sup>121</sup> sowie in Marokko durch die Zakoura Foundation, die Mikrokredite für Frauen anbietet. Damit wird die Eigenverantwortung der Frauen gestärkt, die diese außerhalb, aber eben auch innerhalb der Familie wahrnehmen.<sup>122</sup>

### *5. Sozialethische Schlussfolgerungen*

Die zentrale These aus diesen Beobachtungen ist eine doppelte:

Die Bevölkerungsentwicklung einer Gesellschaft ist elementar von den Rechten abhängig, die Frauen in einer Gesellschaft gewährt werden, weil Mütter die wesentliche Entscheidungsmacht über Familiengröße, Familienentwicklung und insbesondere geschlechtsunspezifische Kinderförderung besitzen. Diesbezüglich bietet sich für Entwicklungsländer eine ethisch unproblematische, ja sogar wünschenswerte Möglichkeit der Bevölkerungsbegrenzung durch die Förderung von Frauen und Müttern.

119 Vgl. ebd., 242.

120 Vgl. Yunus, M., Grameen. Eine Bank für die Armen der Welt, Bergisch Gladbach, 1998.

121 Vgl. Krauß, A./Osner, K., Der Weg der »Self-Employed Women's Association«, Schriftenreihe Gerechtigkeit schafft Frieden, Arbeitspapier 80, Bonn, 1999.

122 Vgl. dazu auch den Weltentwicklungsbericht 2003: Weltbank, Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt. Institutionen, Wachstum und Lebensqualität verbessern, Bonn, 2003, 84f.

Verbunden mit einer positiven Stellung der Frauen und mit ihrer ökonomischen und sozialen Unabhängigkeit entwickelten sich Geburtenraten in Entwicklungsländern in einer Weise, die zu nachhaltiger Entwicklung beitragen, weil sie sich an die natürliche Reproduktionsrate von 2 annähern. Es bereinigt sich zudem das ethische Problem des weltweiten Frauenmangels, ihrer Übersterblichkeit und der geschlechtsspezifischen Auswahl der Kinder, da die größere weibliche Selbsteinschätzung auch eine größere Wertschätzung des weiblichen Nachwuchses nach sich zieht und den Müttern die Möglichkeit bietet, selbst über die Kindererziehung und -förderung zu entscheiden. Je gebildeter und unabhängiger Mütter sind, umso höher ist die Lebenserwartung ihrer Kinder und umso geringer ist die Sterblichkeitsrate im Kindesalter, insbesondere bei Mädchen.

Ich halte diese Doppelthese in Bezug auf Entwicklungsländer für erwiesen.<sup>123</sup> Insbesondere für Entwicklungsländer sollte deshalb der Kanon der traditionellen Entwicklungsmethoden um eine gezielte Politik der Frauen- und Familienförderung erweitert werden. Denn gesamtgesellschaftlich besteht damit die Chance, Teufelskreise der Armut zu durchbrechen.

Die Möglichkeit geschlechtsspezifischer Förderung spielt bis heute in der tatsächlichen Entwicklungspolitik und signifikanterweise auch unter Familienpolitikern kaum eine Rolle. Gleichstellungsfragen werden nur unter dem Kapitel der Menschenrechtsethik behandelt, deren darüber hinausgehende positive ökonomische und gesellschaftliche Wirkungen aber zumeist verkannt oder neben fiskalischen und wirtschaftspolitischen Methoden systematisch unterschätzt. Mir ist es vor allem wichtig darauf hinzuweisen, dass die Frage der Frauenrechte und der Frauenentwicklung in ihrer Verknüpfung mit einer nachhaltigen Entwicklung der gesamten Weltgesellschaft gesehen wird und dass ein Vorurteil, das moderne Frauenentwicklung einseitig als gesellschaftsbedrohlich erachtet, endgültig auf der Basis empirischer Untersuchungen, entkräftet wird.

123 Bei Industriestaaten ist die Situation etwas komplizierter, weil nur unter bestimmten institutionellen Rahmenbedingungen der Trend rückgängiger Geburtenraten gestoppt werden kann, so dass wieder eine Reproduktionsrate von annähernd 2 erreicht wird.

Denn Frauen und Mütter als die Hauptträger der inneren Familienverantwortung entscheiden nicht nur primär über die Geburtenrate sowie über die Verteilung von elementaren Grundgütern im Haushalt, sondern wirken durch verantwortete Kindererziehung und -förderung elementar auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse ein. Es wurde belegt, dass sie dies in anderer Weise tun, wenn sie selbst entscheiden bzw. gleichrangig mitentscheiden, als dies in einer traditionellen hierarchischen Struktur geschehen würde. Die Macht von Frauen in ärmsten Gesellschaften über ihre Familiengestaltung positive globale Entwicklungsprozesse auszulösen, sollte deshalb in der wissenschaftlichen Debatte nicht unterschätzt werden.

## Literatur

- Alka, B., *Culture, the Status of Women and Demographic Behaviour*, Oxford 1992.
- Althammer, J., *Eine ökonomische Theorie der Familienpolitik, Theoretische und empirische Befunde zu ausgewählten Problemen staatlicher Familienpolitik*, Heidelberg 2000.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und Fthenakis, W. E. vom Staatsinstitut für Frühpädagogik, *Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur Einschulung. Entwurf für die Erprobung*, Weinheim Beltz 2003.
- Baumgartner, A., *Familie ethisch*, in: Korff W., Beck L., Mikat P. (Hg.), *Lexikon der Bioethik*, Gütersloh 1998, Bd. 1, 731–734.
- Baumgartner, A., *Familienautonomie und Familienförderung, Sozialethische Anmerkungen zu einem familienpolitischen Spannungsverhältnis*, in: Goldschmidt, N./Beestermöller, G./Steger, G. (Hg.), *Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen*, Münster/Hamburg/Berlin/London 2002, 217–222.
- Becker, G. S., *A Treatise on the Family*, Cambridge Massachusetts 1981.
- Bertram, H., *Familienleben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit*, Gütersloh 1997.
- Birg, H., *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, München 3/2003.
- Bowlby, J., *Elternbindung und Persönlichkeitsentwicklung. Therapeutische Aspekte der Bindungstheorie*, Heidelberg 1995.
- Brundtland-Bericht, *World Commission on Environment and Development*, New York 1987.
- Bundesregierung, *Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin, 2001 und 2005, online abgerufen unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de), am 25. Juni 2005.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, *Frauen leben. Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung*, Köln 2000.
- Büchtele F./Spieß K., *Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang*, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 71, Heft 1, 2002, 95–113.

Coale, A., Excess Female Mortality, in: Population & Development Review, 1991.

Deutsches Kinderhilfswerk, Kinderreport Deutschland, Berlin 2004.

Deutsche Shell (Hg.), Jugend 2002, Zwischen Pragmatismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002.

Dickman, N., Demographischer Wandel – Geburtenraten im internationalen Vergleich, in: iw-trends, Vierteljahreszeitschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Vol.30., Nr. 1, 2003.

Drèze, J./Murthi, M., Fertility, Education, and Development, in: Evidence from India. Population and Development Review 27, New York 2001, 33–63.

Eichhorst, W./Thode, E. Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Benchmarking Deutschland Aktuell, Gütersloh 2002.

Enquete-Kommission der Bundesregierung, Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen 2002.

Frein, Th., Simulationsrechnung zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in den 15 Staaten der Europäischen Union, Bielefeld 2000.

Fthenakis, W. E., Langfristige Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf die Entwicklung des Kindes, in: LBS-Initiative Junge Familie (Hg.). Trennung, Scheidung und Wiederheirat. Wer hilft dem Kind? Weinheim/Basel 1996, 57–60.

Goldschmidt, N./Beestermöller, G./Steger, G. (Hg.), Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen. Norbert Glatzel zum 65. Geburtstag, Münster/Hamburg/Berlin/London 2002.

Gruber, H.-G., Christliche Ehe in moderner Gesellschaft. Entwicklungen - Chancen - Perspektiven, Freiburg/Basel/Wien 1994.

Halter, H., Kirche und Familie im Wandel. Eine Skizze zur Geschichte und Geschichtlichkeit der kirchlichen Familienlehre, in: Ries, M./Kirchenschläger, W.(Hg.): Glauben und Denken nach Vatikanum II. Kurt Koch zur Bischofswahl, Zürich 1996, 111–132.

Hauser, J. A., Bevölkerungsentwicklung - Entwicklungsländer und globale Ebene, in: Handbuch der Wirtschaftsethik, Gütersloh 1999, 129–151.

Homann, K./Suchanek, A., Ökonomik. Eine Einführung, Tübingen 2000.

Jünemann, E./Ludwig, H., Vollbeschäftigung ist möglich. Makroökonomische Simulation der Wirkung eines zusätzlichen Familieneinkommens, Merzig 2002.

Kaufmann, F.-X., Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995.

Klages, H./Gensicke, Th., Wertewandel und bürgerliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyerer Forschungsberichte 193, Speyer 1999.

Klasen, S., Gender inequalities and development strategies: Lessons from the past and policy issues for the future, in: World Employment Programme Research Working Papers No. 41, Geneva, 1993, 1–13.

Krauß, A./Osner, K., Der Weg der »Self-Employed Women's Association«, Schriftenreihe Gerechtigkeit schafft Frieden, Arbeitspapier 80, Bonn 1999.

Krüsselberg, H.-G., Familienökonomie, in: www.familienhandbuch.de, 2002, 1–13, online abgerufen am 15. Juni 2004.

Krüsselberg, H.-G., Reichmann, H., Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft, Graftschaft 2002.

Lenz, I., Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Globalisierung in den Bereichen Global Governance, Arbeitsmärkte und Ressourcen, Ruhr-Universität, Berlin, Deutscher Bundestag, AU-Studie, 14/36, 2002.

Mack, E., Sind Frauenrechte Menschenrechte? Ihre Bedeutung in einem interkulturellen Dialog, in: Schweidler, W. (Hg.), Menschenrechte und Gemeinssinn - Westlicher und östlicher Weg? Philosophisch-politische Grenzerkundungen zwischen westlichen und ostasiatischen Kulturen, St. Augustin 1998, 47–64.

Mack, E., Gerechtigkeit und gutes Leben. Christliche Ethik im politischen Diskurs, Paderborn 2002.

Ministerium für Gesundheit und Soziale Angelegenheiten, Heft Nr. 2, Stockholm 2000.

Modgadam, V. M. (Hg.), Patriarchy and Economic Development. Women's Position at the End of the Twenties Century, Oxford 1996.

Mücl, W. J., Familie und Familienpolitik aus allokativer Sicht, in: Goldschmidt, N./Beestermöller, G./Steger, G. (Hg.), Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen. Norbert G. zum 65. Geburtstag, Münster/Hamburg/Berlin/London 2002.

Nave-Herz, R., Partnerschaft - Ehe - Familie. Eine sozialhistorische und soziologische Analyse des Wandels von Formen des Zusammenlebens in Deutschland, in: Bosinski, H./Kirchhof, P./Nave-

Herz, R./Robbers, G./Rotter, H., »Eingetragene Lebenspartnerschaft«. Rechtssicherheit für homosexuelle Paare - Angriff auf Ehe und Familie?, Regensburg 2001.

Nuscheler F., Entwicklungspolitik, Bonn, 4/1995.

Nutzinger, H., Effizienz, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, in: Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr.36, 2002.

Olk, T./Mierendorf, J., Kinderarmut und Sozialpolitik - Zur politischen Regulierung von Kindheit im modernen Wohlfahrtsstaat, in: Mansel, J./Neubauer, G., Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern, Opladen 1998, 230–257.

Ott, N., Der Erklärungsansatz der Familienökonomik, in: Huinink, J./Strohmeier, K. P./Wagner, M. (Hg.), Solidarität in Partnerschaft und Familie. Zum Stand familiensoziologischer Theoriebildung, Würzburg 2001, 129–144.

Ott, N., Luxusgut Kind zwischen Privatinteresse und gesellschaftlicher Verpflichtung - zu den Kontroversen in der familienpolitischen Debatte, in: Vierteljahresschrift zur Wirtschaftsforschung, 71, 2002, 11–25.

Papst Johannes Paul II., Familiaris Consortio, Rom 1981 und Brief an die Familien, Rom 1994.

Plaisance, E., Die Vorschulerziehung und die Institutionen für Kleinkinder in Frankreich: Aktuelle Debatten und Qualitätsproblematik, in: Fthenakis, E. W./Textor, M R., Qualität von Kinderbetreuung. Konzepte, Forschungsergebnisse, internationaler Vergleich, Weinheim/Basel, 1998, 170–181.

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Bonn 1987, 1–15.

Rahner, K., Grundkurs des Glaubens, Einführung in den Begriff des Christentums, Freiburg/Basel/Wien 12/1982.

Rahner, K./Vorgrimler, H., Kleines Konzilskompendium, Freiburg 17/1984.

Rawls, J., Political Liberalism, New York 1998.

Roloff J./Dorbritz, J. (Hg.), Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre, Opladen 1999.

Schmidt, R., SOS Familie. Ohne Kinder sehen wir alt aus, Berlin 2002.

Schneewind, K. A., Familienentwicklung, in: Oerta, R./Montada, L., Entwicklungspsychologie, Weinheim 3/1995, 128–166.

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Heiliger Stuhl, Charta der Familienrechte, Bonn 1983.

Sen, A., Missing Women, in: British Medical Journal, Nr. 204, 1992.

Sen, A., Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien 2000.

Seyda, S., Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten, in: W-trends 2, 2003, 1–19.

Siebert, H., Weltwirtschaft, Stuttgart 1997.

Sinn, H.-W., Ist Deutschland noch zu retten? München 2/2003.

Sinn, H.-W., Rente nach Kinderzahl, in: SZ, 14.1.2003.

Sleeboos, J., Low Fertility Rates in OECD Countries: Facts and Policy Responses. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 15, 2003, 20. Online abgerufen unter [www.oecd.org/data-oecd/13/38/16587241.pdf](http://www.oecd.org/data-oecd/13/38/16587241.pdf), am 15. Juni 2004.

Sommestad, L., Gleichstellung - Schlüssel zu unserem zukünftigen Wohlstand, in: Schwedisches Institut (Hg.), Aktuell über Schweden, Nr.432, 2001, 1–4.

Spieß, K./Schupp, J./Grabka, M./Haisken-De New, J./Jakobeit, H./Wagner, G., Abschätzung der (Brutto-)Einnahmeeffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen, Gutachten des DIW, Berlin 2003.

Textor, M. R., Tagespflege: Ausgewählte Forschungsergebnisse, in: Soziale Arbeit Nr. 44, Berlin 1995, 362–367.

Textor, M R., Qualität von Kinderbetreuung. Konzepte, Forschungsergebnisse, internationaler Vergleich, Weinheim/Basel 1998.

Textor-Becker, I./Textor, M. R.(Hg.), SGB VIII - Online Handbuch, Tagespflege: deutsche und internationale Forschungsergebnisse, in: <http://www.sgbviii.de/S5.html>, online abgerufen am 15. Juni 2004.

Weltbank, Engendering Development. Enhancing Development through Attention to Gender. Washington D.C. 2001.

Weltbank (Hg.), Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt. Institutionen, Wachstum und Lebensqualität verbessern, Bonn 2003.

Wiemeyer, J., Familie in der marktwirtschaftlichen Ordnung, in: Goldschmidt, N./Beestermöller, G./Steger, G. (Hg.), Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen. Norbert Glatzel zum 65. Geburtstag, Münster/Hamburg/Berlin/London, 2002, 287–300.

Wingen, M., Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart 1997.

Wingen, M., Die Geburtenkrise ist überwindbar: Wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft, Graftschaft 2004.

- Xiaorong, L., Gender Inequalities in China and Cultural Relativism, in:  
Nussbaum, M./Glover, J. (Hg.), Women, Culture and Development.  
A Study of Human Capabilities, Oxford 1995, 407–425.
- Yunus, M., Grameen. Eine Bank für die Armen der Welt, Bergisch  
Gladbach 1998.
- Zulehner, P. M./Denz, H., Wie Europa lebt und glaubt. Europäische  
Wertstudie, Düsseldorf 1993.